

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 20745 im Vereinsregister Chemnitz, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2011

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Lutherstraße 63, 07743 Jena, Tel. 01522-1960531, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de

Jena, 07.4.2011

Spendenkonto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 100 € (!) zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder



Rohstoffe werden knapp.

Diese Botschaft kommt in den letzten Wochen immer stärker in den Focus von Nachrichtenagenturen und Parlamenten, und so soll der aktuelle Steinbeißer besonders diesem Thema gewidmet werden.

Sei es der Lieferstopp für Lithium aus China, seien es Berichte über untragbare Menschenrechtsverletzungen beim Coltan-Abbau im Grenzgebiet von Kongo (arte vom 9.2.2011) – immer wieder stelle ich eine Verknüpfung von Rohstoffgier und der Beeinträchtigung von Lebensgrundlagen oder Menschenrechten fest.

Dabei soll gar nicht verschwiegen werden, dass alles zusammenhängt: auch unser Lebensstil, unser Energieverbrauch und unsere Konsumgewohnheiten tragen dazu bei, dass irgendwo auf der Welt jemand aus Profitgier Gesetze übertritt oder sich einen Dreck um Natur und Umwelt schert. Aber darf uns diese eigene indirekte Verstrickung daran hindern, mit aller Kraft gegen solche ungerechten Zustände anzugehen?

Ich meine: Nein! Und je mehr wir werden, umso wirksamer können wir etwas dafür tun, dass auch der Bedarf an Rohstoffen auf faire Weise zu einem fairen Preis gedeckt wird. Zur Zeit gehen die Lasten zu oft noch auf Kosten der Allgemeinheit.

Sie sind herzlich eingeladen, sich bei unserem nächsten Treffen am kommenden Mittwoch mit uns über diese Themen auszutauschen. Für alle Vereinsmitglieder wird gleichzeitig zur turnusmäßigen **Mitgliederversammlung** eingeladen, bei der neu über Vorstand abgestimmt werden soll, ich bitte sie, zahlreich zu erscheinen und sich gern auch personell einzubringen.

Auch zum Thema **Sperrgrundstücke** gibt es wieder einen Beitrag, diesmal auf Anfrage unserer Bürgerinitiative in Schneppendorf. Lesen sie hierzu die Antworten von Rechtsanwältin Philip-gerlach auf die diesbezüglichen Fragen der BI.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. Einladung zur Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl S.2
2. Seltene Erden mit strahlendem Beiwerk S.2
3. Neues Bergeschrey in Sachsen S.3
4. Widerstand gegen geplanten Kiesabbau am Kiefernberg S.5
5. Spendenaufruf für PFV Wildenau S.6
6. Brandenburger Landesregierung schenkt Vattenfall 10 Millionen Euro S.6
7. Kann Bergbau durch Sperrgrundstückskauf verhindert werden? S.7
8. Widerruf alter Bergbaubewilligungen? S.7
9. „Fracking“ – Gefahr fürs Grundwasser S.7
10. Aktuelles aus Brüssel/Mitteilung zur Rohstoff-sicherung S.9
11. GRÜNE und NGO's: EU soll auf Rohstoffeffizienz und Recycling setzen S.10

Termine :

1. **Mittwoch, den 13.April 2011,**
19.00 Uhr Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt, Naumanns Restaurant "Zur scharfen Ecke", Am Marktplatz 23

1. Mitgliederversammlung mit Wahl des Vorstandes

am kommenden Mittwoch, den 13.4.11 findet eine Wahlversammlung für unseren Vorstand statt, hierzu möchte ich alle Mitglieder herzlich einladen. Wir suchen Aktive, die sich zur Wahl stellen, bitte melden sie sich oder kommen sie, wenn sie Verantwortung übernehmen wollen. Außerdem werden wir unsere Beitragsordnung diskutieren und neu beschließen, angeregt wurde eine Abrundung der Sätze auf runde Euro-Beträge (50€ und 25€).

Weitere Beschlüsse zur Mitgliederversammlung können auch als Tischvorlage eingebracht werden.

2. Seltene Erden mit strahlendem Beiwerk

Quelle:

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1384590/> vom 09.02.2011



Seltene Erden sind wichtig für die Elektroindustrie, etwa für die Produktion von Mobiltelefonen. (Bild: AP)

Umweltprobleme beim Abbau in Deutschland

Von Johanna Kutsche

Seltene Erden, ein Sammelbegriff für Elemente wie Yttrium, Thulium oder Neodym, sind knapp geworden, seit China den Export beschränkt hat. Vorkommen gibt es auch in der Nähe von Leipzig, doch der Abbau birgt Gefahren.

Es ist Europas größtes Vorkommen Seltener Erden. Ein einfaches Feld, nichts deutet darauf hin, dass die derzeit begehrtesten Rohstoffe der Welt unter dieser Erde schlummern. 2006 wurde die Deutsche Rohstoff AG gegründet, die heute die Schürfrechte für das so genannte Aufsuchungsfeld Storkwitz hält. Seitdem prüft Jörg Reichert die Bedingungen für den Abbau des Vorkommens. Er ist leitender Geologe des Unternehmens:

"Wir haben es bei Storkwitz mit einer Lagerfläche zu tun, die erst bei ungefähr 400 Meter unter der Erdoberfläche beginnt. Und von daher verbietet sich eigentlich ein Tagebau. Man kann nicht einen Tagebau anlegen, der 400 Meter unter die Erde geht, das wäre ein gewaltiges Loch. Aus dieser Sicht bietet sich natürlich ein untertägiger Bergbau an."

Man würde also einen Stollen anlegen und unter Tage die Seltene Erden abbauen. Nur wie? Der

Begriff Seltene Erden könnte irreführender nicht sein: 17 Metalle sind es, die immer zusammen vorkommen. Und die wiederum in anderen Gesteinen versteckt sind. Auch in Storkwitz würden die Geologen keine großen Brocken purer Seltener Erden aus der Erde holen, sondern eine Menge Material zu Tage fördern, aus dem dann mit hohem Aufwand die Metalle der Seltene Erden herausgelöst werden. 100 Prozent Gestein enthalten 0,5 Prozent Seltene-Erden-Oxide. Die Abraumhalde über Tage wäre gigantisch. Und je nachdem, was diese Gesteine noch enthalten, könnten Schäden an der Oberfläche auftauchen. Eine andere Variante ist das so genannte in-situ-leaching:

"Es gibt natürlich auch die Möglichkeit, dass man untertägig laugt. Dass man eine Flüssigkeit einführt, und diese dann die Seltene Erden aus dem Gestein herauslaugt. Es ist dann auch nicht so, dass große Stollen aufgeföhren werden, sondern es werden einzelne Bohrungen abgetäuft und von dort aus eine Lösung hereingepresst und diese seltenerdhaltige Lösung wieder nach oben gepumpt."

Eine saubere Variante, könnte man meinen. Nur ist die Flüssigkeit, die in das Gestein gepresst wird, äußerst aggressiv. Wolf von Tümping ist Gewässeranalytiker und Chemiker am Helmholtz-Institut für Umweltforschung in Magdeburg und meint:

"In diesem Fall habe ich über Tage keine direkten Folgen. Das Problem ist, dass ich natürlich viel mehr in den Berg hineinpresse, als ich jemals wieder herausbekomme. Und nach Beendigung der Bergbauaktivitäten muss ich mir Gedanken mache, wie ich mit dem Material, das unten sich noch befindet, was ich reingepresst habe, umgehe, um mögliche Langzeitschäden im Grundwasserbereich ausschließen zu können."

Denn die Flüssigkeit löst nicht nur die Seltene Erden aus dem Gestein, sondern auch alle möglichen Schadstoffe und Schwermetalle, die unter Tage gebunden waren. Befindet sich in der Nähe ein so genannter Grundwasserleiter, kann es schnell zur Verunreinigung des Grundwassers kommen. Jörg Reichert hält dagegen:

"Grundwasserleiter sind immer an Permergesteine gebunden, das heißt schwammartige Gesteine, die das Wasser gut aufnehmen und leiten können. Das ist aber im Fall eines solchen Magmatits, dieses vorliegenden Karbonatits, dort nicht der Fall, weil dieses Karbonatit ist ein magmatisches Gestein, das heißt, es gibt kein Wasser in diesem Gestein, es ist mehr oder weniger trocken."

Dieses Karbonatit hat außerdem den Vorteil, nur mit Metallen der Seltene Erden angereichert zu sein. Erst vor Kurzem wies das Freiburger Ökoinstitut auf die Gefahren des Abbaus Seltener Er-

den hin: Fast alle Lagerstätten enthalten radioaktive Stoffe, die beim Abbau der begehrten Metalle mit an die Oberfläche kommen und als strahlender Rest zurückbleiben.

In China hat der Abbau Seltener Erden bereits zu Umweltschäden und Erkrankungen geführt, so das Institut. In Storkwitz lassen sich Verunreinigungen durch Radioaktivität ausschließen. Das Ökoinstitut rät trotzdem zur Schonung der Rohstoffvorkommen. Denn angesichts der hohen Weltmarktpreise lohne sich inzwischen sogar das Recycling der wichtigen Stoffe.

3. Neues Bergeschrey in Sachsen

von Uwe Kaettniß (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Erzgebirge)

Nachdem in den letzten Jahren immer wieder Presseveröffentlichungen vom Interesse einer Reihe von Unternehmen an einer Wiederaufnahme der Bergbautätigkeit auf metallische Rohstoffe in Sachsen berichteten, hat sich dieses Interesse nunmehr in konkretes wirtschaftliches Handeln gewandelt. Die Berichterstattung der Nachrichtenmedien führt dabei 14 konkrete Bergbauvorhaben in verschiedenen Genehmigungsstadien auf.

Der größte Teil dieser bergbaulichen Aktivitäten konzentriert sich auf die historisch erkundeten und erschlossenen Lagerstätten des Erzgebirges. Ein Teil dieser Vorhaben – und zwar der Teil, welcher auch in der Realisierung am weitesten fortgeschritten ist - liegt geografisch im Erzgebirgskreis.

Ausgangssituation

Nach ersten Diskussionen zeichnet sich ab, dass es im Kreisverband Erzgebirge von Bündnis 90/Die Grünen keine grundsätzliche Ablehnung einer Wiederaufnahme der bergbaulichen Tätigkeit zum Zwecke der Rohstoffgewinnung gibt. Das Erzgebirge ist seit mehr als 800 Jahren eine Region mit intensivster Bergbautätigkeit. Diese ist bis heute DAS identitätsstiftende Moment in der soziokulturellen Selbstverortung großer Teile der einheimischen Bevölkerung und objektiv eine der wichtigsten Grundlagen erzgebirgischer Traditionen, Kultur und Wirtschaft. Das Erliegen des Bergbaues vor rund zwanzig Jahren brachte deshalb eine schwere Krise der regionalen Wirtschaft mit sich, die ihre Wirkung über den allgemeinen Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie nach dem Ende der DDR hinaus entfaltete. Diese Wirkung spiegelt sich bis heute in überdurchschnittlichen Quoten bei Arbeitslosigkeit und Transferleistungsempfängern, bei Bevölkerungswanderung und unterdurchschnittlicher Einkommensentwicklung.

Vor dem Hintergrund historischer Akzeptanz entwickelt sich eine starke wirtschaftliche Zukunftserwartung mit der Hoffnung auf Impulse durch ein Wiederaufleben des Bergbaus, insbesondere auf den Arbeitsmarkt.

Informationslage

Zu allen Vorhaben sind keine substantiellen Informationen allgemein verfügbar. Die der Medienberichterstattung zu entnehmenden Informationen beziehen sich auf nur wenige der angeführten 14 Vorhaben, welche über eine der bergrechtlichen Genehmigungen nach Bundesberggesetz verfügen. Zumeist beinhalten die Informationen nur allgemeine Aussagen über den Ort des Vorhabens, über den Inhaber der Genehmigung und über den zu gewinnenden Rohstoff.

Hier einige der öffentlich gewordenen Pläne:

- Lithiumgewinnung bei Zinnwald
- Kupferbergbau Spremberg/Graustein/Schleife/Weißwasser/Trebbendorf/Groß-Düben (22,7km²!!!!)
- Erzerkundungsbohrungen (ua. Molybdän) in Sadisdorf/Osterzgebirge auf 67km²!!!!!!)
- Fluß- und Schwerspatabbau bei Niederschlag
- Eine Liste von 139 potentiellen Abbaugebieten findet sich in einem öffentlichen Papier des SMWA, darunter Aue, Marienberg, Freital u.v.a.m (<http://www.smwa.sachsen.de/set/431/Rohstoffkatalog%20Spat-Erzvorkommen.pdf>)

Unbekannt ist nicht nur die Mehrzahl der Vorhaben, sondern auch wie viele sich noch im Antrags- oder Genehmigungsverfahren befinden. Eine fundierte Einschätzung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, damit politischen Relevanz des „neuen Bergeschreys“ ist ohne nähere Kenntnisse der Dimensionen bei den Absichten und Planungen der bergbaulichen Vorhaben kaum möglich.

Möglicherweise befinden wir uns am Beginn einer neuen Periode des Bergbaues in industriellen Größenordnungen. Da Bergbau auf Erze mit seinem wirtschaftlichen Entwicklung- und ökologischen Gefährdungspotential noch keine Rolle in der sächsischen Politik spielt, scheint es angezeigt diese Thematik auch auf landespolitischer Ebene zu diskutieren.

Problemlagen

Eine Bewertung der einzelnen, bisher bekannten Vorhaben ist auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen nicht möglich. Entschieden nachteilig für die Beurteilung wirkt sich aus, dass die bergrechtlichen Genehmigungsverfahren stets in mehreren Teilschritten erfolgen: Aufsuchung/Erkundung, Abbaurecht („Bewilligung“), Planfeststellung, (Rahmen-)Betriebsplan usw., wobei zwar mit dem ersten Genehmigungsschritt die Grundlagen für den Bergbau geschaffen werden, dieser aber keinerlei Rückschluss auf Dimension und Auswirkung des zukünftigen Gewinnbetriebes zulässt. Bisher sind uns auch keine Beteiligungsverfahren bei konkreten Vorhaben bekannt geworden.

Die unterstellte Entstehung einer neuen Montanindustrie entzieht sich bei heutiger Rechtslage weitgehend demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle. Zu hinterfragen ist, wann und wie die

verschiedenen legislativen Ebenen, die Gebietskörperschaften, Anlieger, Betroffene usw. in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die Auswirkungen des Bergbaues hängen wesentlich von Fördermengen, Gewinnungs- und Aufbereitungstechnologie ab. Auch wenn der Abbaubetrieb untertägig stattfindet, bestimmen diese beispielsweise das Transportaufkommen, die Flächeninanspruchnahme durch übertägige Betriebsanlagen und insbesondere durch die Deposition des Abraumes. Risiken für das Grundwasser kämen bei sog. „In-Situ-Laugung“ mit hochaggressiven chemischen Lösungen hinzu.

Bergbau benötigt Infrastrukturen.

Auch wenn die Ausmaße des Wismut-Bergbaues in vielerlei Hinsicht nicht erreicht werden, ist Bergbau ein energieintensiver Industriezweig. Bergbau fördert als Nebenprodukt riesige Mengen Wasser. Bergbau produziert Rohstoffe und Abprodukte als Massengüter, die transportiert werden müssen. Fraglich ist, inwiefern die vorhandene Infrastruktur diesen Anforderungen gerecht werden kann. Neben den Zielstoffen werden eine Reihe von Nebenprodukten gefördert werden, die nicht nur problematisch für die Gewinnung, sondern darüber hinaus ein Entsorgungsproblem darstellen. Dies betrifft die ganze Reihe der hochtoxischen Schwermetalle, für die es vermutlich kaum einen Markt gibt. Ganz besonders problematisch stellt sich für uns der Umgang mit dem unweigerlich anfallendem Uran dar. Für einzelne Lagerstätten sind erhebliche Mengen Uranerze von bis zu mehreren tausend Tonnen ausgewiesen. Für die jetzt in Betrieb genommene Lagerstätte Niederschlag wird die Uranmenge auf 200 Tonnen geschätzt.

Eine bislang ganz unbeleuchtete Fragestellung ist, ob das Erzgebirge, oder auch ganz Sachsen lediglich Rohstofflieferant wird, oder ob die Gewinnungsbetriebe auch die nachfolgende Wertschöpfung bei der Weiterverarbeitung im Freistaat realisieren wollen.

Fraglich ist, inwieweit die genehmigten und die beantragten Vorhaben konfliktfrei zu den raumordnerischen Planungen der verschiedenen Verwaltungsebenen stehen. Im Rohstoffkatalog des SMWA (letzter Link in der Linksammlung) lassen sich schon Konfliktlinien ausmachen: ein Teil der Vorkommen befindet sich in Plangebiet mit Schutzstatus. Darüber hinaus haben im Katalog ausgewiesene Rohstoffstandorte naturschutzrechtlichen Schutzstatus.

Ein Beispiel soll der Illustration der Problemlage dienen:

In Niederschlag, einem Ortsteil von Bärenstein, hat die Errichtung des Bergwerkes im vergangenen Herbst begonnen. Ab dem nächsten Jahr sollen 130.000 Tonnen Fluss- und Schwerspat je Jahr, auf einen Zeitraum von 30 Jahren, gewonnen werden. Hauptgesellschafter des Gewinnungsbetriebes Erzgebirgische Fluss- und Schwerspatcompagnie Geos GmbH ist die Nickelhütte Aue GmbH. Dort soll auch die Aufbereitung stattfinden.

130.000 Jahrestonnen bedeuten 600 Tonnen am Tag, 37,5 Tonnen die Stunde (im Zwei-Schicht-Betrieb). Im Transport heißt das 5200 Ladungen mit Sattelaufliegern im Jahr, 24 Ladungen am Tag, 1,5 Ladungen die Stunde. Da die LKW auch zum Bergwerk hin müssen heißt das natürlich eine Verdoppelung der Fahrten, so das zusätzlich zum heutigen Verkehrsaufkommen alle 20 Minuten ein 40 Tonner LKW erst die B95 bis Annaberg und dann die B101 bis Aue befährt. Auf dieser Strecke von ca. 43 km durchfahren die Lastzüge 9 Ortschaften und zwar jeweils der gesamten Länge nach.

Bis vor wenigen Wochen war den Behörden im Landkreis nicht bekannt, dass die Aufbereitung der Roherze in Aue stattfinden soll. Natürlich ist ebenso unbekannt mit welcher Technologie bis zu welchem Aufbereitungs- und Veredlungsgrad dies geschehen soll. Bis zum heutigen Tag wurden keine Genehmigungsverfahren durch den zukünftigen Betreiber in Gang gesetzt. Es steht zu befürchten, dass die notwendigen Verfahren unter politischem Druck, weitgehend ohne öffentliche Beteiligung, kurzfristig abgewickelt werden sollen. Flussspatverarbeitung kann auch Fluorchemie bedeuten. Im Wissen um den Standort des Verarbeitungsbetriebes, nämlich inmitten des Auer Talkessels in unmittelbarer Nähe zum Stadtzentrum, ist sicher nachvollziehbar, dass es sich um ein sehr bedenkliches Vorhaben handeln dürfte.

- Und hier eine Linksammlung zum Thema:
- http://www.bistum-dresden-meissen.de/front_content.php?client=1&lang=1&idcat=2715&idart=15939
- <http://www.mdr.de/entdecke-den-osten/7935910.html>
- <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/REGIONALES/7507349.php>
- http://www.smwa.sachsen.de/set/431/2010%2012%2021_MI_ErlaubnisseSachsenerz.doc.pdf
- <http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc-E0E69BF40F2D843E8873FCEF724CD575D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2045480>
- http://www.wdr.de/tv/quarks/sendungsbeitraege/2010/0223/001_muell.jsp
- <http://www.gevestor.de/geldanlage/rohstoffe/details/article/erlebt-der-bergbau-in-sachsen-dank-solarworld-einen-zweiten-fruehling.html>
- http://www.mineralienatlas.de/forum/index.php?topic=8325.105http://www.wirtschaft-im-erzgebirge.de/de/Aktuelles_Presse/News/Renaissance_des_Silberbergbaus_beginnt_zunaechst_bescheiden_1002.html?news1031.id=402&news1031.year=2011&news1031.month=2&sid=4UOqU3MELXInPBMYAOr8nApDTHE34YRZ

- http://www.wirtschaft-im-erzgebirge.de/de/Aktuelles_Presse/News/Solarworld_will_im_Erzgebirge_Lithium_foerdern_1002.ht ml?news1031.id=391&news1031.year=2011& news1031.month=2&sid=4UOqU3MELXInPB MYAOOr8nApDTHE34YRZ
- <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/s ervices/nachrichten/ftd/BM/60012256.html>
- <http://www.smwa.sachsen.de/set/431/Rohstof fkatalog%20Spat-Erzvorkommen.pdf>

4. Widerstand gegen geplanten Kiesabbau am Kieferberg

Quelle: Freie Presse/Umland Chemnitz vom 26.2.11

BURGSTÄDT — Die einen nennen ihn Russischer Bär (Unterfamilie der Bärenspinner), die anderen Spanische Flagge (wegen der gelb-roten Fahne) – die Falter-Art, die vom Naturschutz als besonders schützenswert gilt. In einigen Gebieten



Falter Spanische Flagge. FOTO: SCHÜSTER



Springfrosch. FOTO: SWADZBA/FOTOLIA



Quelle: NABU Regionalverband Erzgebirge



Rotmilan. FOTO: HANDOUT/ARCHIV



Mopsfledermaus. FOTO: STEFAN THOMAS

sei das Projekt 2005 positiv beurteilt worden. 2008 wurde das Genehmigungsverfahren für den Kiessand-Tagebau durch ein bergrechtliches Planfeststellungsverfahren eingeleitet.

„Wir haben Nachbesserungen hinsichtlich der Hydrogeologie und des Naturschutzrechts gefordert“, erklärt Herrmann weiter. Doch die geforderten Grundwassermessstellen seien bis jetzt nicht errichtet worden. Deshalb gebe es noch keine Zustimmung oder Ablehnung.

Diese Zeit haben der Nabu und die Stadtverwaltung genutzt, um das Gebiet einen besonderen Schutz-Status zu verpassen. Denn nicht nur die Spanische Flagge rechtfertigt ein Naturschutzgebiet.

„Wir haben nicht nur diesen Falter beobachtet, sondern auch andere geschützte Arten wie die Vögel Rotmilan, Neuntöter und Schwarzspecht sowie die Fledermäuse Mausohr und Mopsfledermaus festgestellt“, zählt Röder auf. Außerdem seien Springfrosch, Zauneidechse, Gemeine Sichelchrecke und die Schmetterlinge Braunwurzmönch und Ulmenzipfelfalter sowie die Heilpflanz-

ist sie vom Aussterben bedroht und steht auf der Roten Liste. „Diese seltene Schmetterlings-Art ist im Chemnitz- und Muldental gesichtet worden“, bestätigt Lutz Röder vom Naturschutzbund (NABU) Erzgebirge.

Entlang des Naturschutzgebietes Bärenholz nahe der Rochsburg sei 2009 und 2010 eine solche Population festgestellt worden.

Doch dieses Insekt ist bedroht.

Denn die Mühlauer Sand- und Splittwerke, die Sandgruben in Penig, Frohnsdorf und Niedersteinbach betreiben, planen den Kiesabbau am Kieferberg. „Das Planfeststellungsverfahren läuft, hydrogeologische Bohrungen sind noch notwendig“, erklärt Chef Uwe Vieweg.

Das Oberbergamt in Freiberg bestätigt das: „Auf einer Fläche von 45 Hektar soll 45 Jahre lang Kies abgebaut werden“, so Martin Herrmann vom Oberbergamt. In einem Raumordnungsverfahren beim damaligen Regierungspräsidium Chemnitz

ze Echtes Tausengültenkraut hier heimisch. Der Kieferberg gehöre zum Biotopverbund zwischen Chemnitz- und Muldental. Die Spanische Flagge wandere regelmäßig zwischen den Tälern. Der Wasserdost, eine Pflanze, von der sich die Tiere ernähren, komme hier vor.

Rings um den Kieferberg gebe es bereits das Naturschutzgebiet „Um die Rochsburg“ mit den Flächennaturdenkmälern Quellgebiet Sturzbach, Trockenhang Kieferberg und Eichentrockenhang Heiersdorf.

Dabei ist in diesem Gebiet schon einmal zu DDR-Zeiten grobkörniger Sand abgebaut worden, weiß Burgstädt's Bürgermeister Lars Naumann (FWB). Der geplante Kies-Abbau habe weitere negative Folgen wie Lärm und Staubbelastrung, optische Beeinflussung im Wandergebiet und eine Erhöhung des Lkw-Verkehrs. Deshalb befürworte der Stadtrat den Nabu-Antrag. Zudem werde eine Senkung des Grundwasserspiegels befürchtet.

Damit sei die Wasserzufuhr für private Brunnen im Ortsteil Heiersdorf gefährdet. Neue Arbeitsplätze und eine mögliche Gewerbesteuererinnahmen seien indes die positiven Effekte.

Der Nabu geht einen Schritt weiter:

„Der Biotopverbund könnte verbessert werden, wenn das Ackerland nördlich der alten Sandgrube in Grünland umgewandelt wird“, so Röder. Hecken und heimische Bäume für wärmeliebende Arten, wie die Zauneidechse, könnten angepflanzt und Tümpel als Amphibienlaichgewässer angelegt werden.

Das zuständige Umweltamt im Landratsamt Mittelsachsen entscheidet über den Nabu-Antrag.

5. Spendenaufruf zur Klage gegen den Planfeststellungsbeschuß Wildenau

Sehr geehrte interessierte Bürgerinnen und Bürger,

der Planfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Steinbruches Wildenau liegt nun seit Dezember 2010 vor, es ist in erster Linie ein Beschluss unseres Freistaates zur bedenkenlosen Zerstörung der Umwelt der hier lebenden Menschen. (hier ein Blick vom [Satellit](#) auf den jetzigen Zustand:

Er verletzt in vielerlei Weise die Interessen der Anwohner und auch das unversehrte Nutzungsrecht am Eigentum mehrerer Anrainer. Die betroffenen Anwohner, ebenso wie Naturschutzverbände, die Städte, Gemeinden und Landkreise haben sich nicht ohne Grund gegen eine Erweiterung gewandt. Über 12 Jahre negative Erfahrungen mit der Vorgehensweise der Betreiber und den Auswirkungen auf Mensch und Natur haben zum Handeln gezwungen – die Bürgerinitiative geht diesen Weg weiter – wir wollen uns unsere Landschaft und unser dörfliches Umfeld nicht mit einer dreifachen Vergrößerung der Bergbau-Anlagen noch mehr entwalden lassen - die Folgen daraus sind u.a. auch Wasserentzug und – rückgang in unkalkulierbarer Dimension für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, für Hausbrunnen und Quellen ebenso, wie für die angrenzenden Moore und Feuchtbiotope im Landschaftsschutzgebiet „Kirchberger Granit“.

Darum unterstützen wir die eingereichte Klage des BUND Sachsen e.V. und möchten das auch Ihnen ans Herz legen, denn nur so gibt es noch eine Chance gegen diesen einseitigen Beschluss vorzugehen.

Wir benötigen Ihre Hilfe, da wir die Klage finanziell allein nicht schultern können, für jede Spende sind die Bürgerinitiative, die BUND-Regionalgruppe „Plohnbachtal“ und der BUND Sachsen e.V. sehr dankbar.

Spenden Sie bitte an den:

BUND Sachsen e. V. (ist steuerlich absetzbar!)
Kontonummer: 300 439 110

BLZ: 870 962 14

Volksbank Chemnitz

Verwendungszweck: Klage Wildenau

Bürgerinitiative zum Schutz für Mensch und Natur
– gegen weiteren Gesteinsabbau in Wildenau

6. Brandenburger Landesregierung schenkte Vattenfall 10 Millionen

Berlin, 25.11.2010: Im Zuge der anstehenden Novelle des Brandenburger Wassergesetzes beabsichtigt die Landesregierung, eine im Jahre 2004 eingeführte Regelung zurückzunehmen, die dem Konzern Vattenfall inzwischen eine Summe von über 10 Millionen Euro erspart hat.

Der größte Teil des in Braunkohletagebauen gehobenen Grundwassers wird in Flüsse eingeleitet. Nur der verbrauchte und kommerziell genutzte Anteil ist bisher entgeltpflichtig. Für diesen hatte Brandenburg 2004 den Satz von zehn Cent pro Kubikmeter auf höchstens zwei Cent (den Satz für Oberflächenwasser) gesenkt. Größter Nutznießer dieser Regelung war der Vattenfall-Konzern, der dadurch etwa zwei Millionen Euro pro Jahr sparte.

Allein durch diese – laut Bundesverfassungsgericht als Subvention zu betrachtende – Ausnahmeregelung sind dem Land Brandenburg seit dem Jahr 2005 über 10 Millionen Euro an Einnahmen entgangen! Immerhin soll nun auf dieses Geschenk an die Bergbauindustrie fortan verzichtet werden.

Das wird von der GRÜNEN LIGA ausdrücklich begrüßt.

Hinsichtlich des Braunkohlebergbaus wird derzeit nur der Anteil der Wasserentnahmen zur Entgeltberechnung herangezogen, der hernach kommerziell weitergenutzt wird, sei es zur Wasserversorgung oder für die Nutzung als Kühlwasser. Hier fordert die GRÜNE LIGA seit langem eine klare Regelung, dass die Wiedereinleitung entnommenen Wassers nur dann vom Wasserentnahmeentgelt befreit werden kann, wenn sie im Zielgewässer / Vorfluter nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Wasserbeschaffenheit führt.

„Die grundsätzliche Entgeltbefreiung des Bergbaus will die Landesregierung nicht anfassen. Damit vergibt sie sich Einnahmen von mehr als 25 Millionen Euro im Jahr“, kommentiert Michael Bender von der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA.

Das Wassernutzungsentgelt für Kühlwasser, das in den Braunkohlekraftwerken verdampft und der Region entzogen wird, liegt sogar nur bei 0,5 Cent pro Kubikmeter. Um eine Lenkungswirkung des Entgeltes im Sinne sparsamer Wassernutzung

herzustellen, wäre auch hier der volle Satz von 10 Cent notwendig.

Im April 2010 hat die Bundeskontaktstelle der GRÜNEN LIGA bereits ein ausführliches Hintergrundpapier zu dieser Problematik herausgegeben, das unter folgendem Link abrufbar ist:
http://www.wrrl-in-fo.de/docs/Positionspapier_BBG_WNE_April2010

Weitere Informationen: Michael Bender, Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA, Tel.: 030 / 40 39 35 30

7. Kann Bergbau durch Sperrgrundstückskauf verhindert werden?

- **Ist ein Verein, der ein Grundstück auf einem potentialen Abbaufeld erwerben würde gleichberechtigter Betroffener in einem Planfeststellungsverfahren?**
- **Spielt die Größe des Grundstücks dabei eine Rolle, d.h. kann die Betroffenheit aufgrund zu geringer Größe z.B. < 0,5 ha einfach weggewogen werden? Gibt es eine Mindestgröße?**
- **Müssen später Ausgleichsgrundstücke akzeptiert werden?**
- **Spielt der Zeitpunkt des Kaufs eine Rolle (Voraussetzung: Kauf vor Beginn Planfeststellungsverfahrens)?**

Hierzu einige Antworten von RA Ursula Philip-Gerlach aus Frankfurt

- Grundsätzlich spielt die Größe des Grundstücks keine Rolle, wenn es darum geht die (gleichberechtigte) Beteiligungsposition im Planfeststellungsverfahren zu erlangen und ein Klagerecht aus Art. 14 GG zu erwerben.
- In der Regel sollte jedoch ein Grund für den Erwerb angegeben werden können und vor allem ein Nutzungskonzept. Dies kann in dem Anlegen eines Biotops, einer Streuobstwiese oder auch der Weiterverpachtung einer landwirtschaftlichen Fläche liegen.
- Das Grundstück muss vor dem Anhörungsverfahren innerhalb des Planfeststellungsverfahrens erworben worden sein, d.h. i.d.R. vor der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen.
- Die Größe spielt nur insofern eine Rolle, als dass bestimmte Rückpunkte ggfs. nicht erhoben werden können. Hier gibt es eine sehr differenzierte Rechtsprechung.
- Ob eine Ausgleichsfläche angenommen werden muss, spielt erst in einem etwaigen Grundabtretungsverfahren eine Rolle. Grundsätzlich muss einem solchen Tausch nicht freiwillig zugestimmt werden.

- Zu empfehlen ist allerdings, dass vor dem Kauf des Grundstücks eine detaillierte rechtliche Prüfung (auch hinsichtlich der Lage) anhand einer Recherche in der Rechtsprechung erfolgt.

8. Widerruf alter Bergbaubewilligungen?

Der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz informierte uns mit einem Schreiben vom 7.12.10 über den Fortgang des Bundestags-Antrages zum Widerruf ungenutzter Bergbauflächen:

Rolf Schwanitz hatte innerhalb der Regierungskoalition um Unterstützung für den Antrag geworben (wir berichteten). Bis November wurden Gespräche mit ostdeutschen CDU-Abgeordneten geführt, am 1. Dezember folgte ein Treffen mit Vertretern der Regierungskoalition sowie der zuständigen Landesministerien der neuen Länder.

„Schon in den vergangenen Monaten war zu beobachten, dass die Bergämter in zahlreichen Fällen die „alten“ ungenutzten Bergbaubewilligungen aus der Zeit vor 1996 widerrufen haben. Bei dem Treffen am 1. Dezember 2010 erklärten die Vertreter der Ministerien der neuen Länder nun, dass beabsichtigt sei, die knapp 40 noch bestehenden Bewilligungen bis Mitte 2011 zu widerrufen. So wäre nach Ansicht von Rolf Schwanitz den Betroffenen am schnellsten geholfen.

Bei dem Treffen verständigten sich die Teilnehmer darauf, Mitte 2011 nochmals die Anzahl der noch nicht widerrufenen Bewilligungen abzufragen und dabei zu klären, ob die neuen Länder Wort gehalten haben. Bis dahin soll die parlamentarische Initiative ruhen und nicht eingebracht werden. Sollten die Länder ihre Zusagen einhalten, wäre nach Auffassung von Rolf Schwanitz dem Anliegen der Bürgerinitiativen entsprochen und der Antrag damit hinfällig.

Ich bitte alle Bürgerinitiativen, die um einen Widerruf „ihres“ Vorhabens kämpfen, mich zu kontaktieren, damit ich Herrn Schwanitz besonders auf diese Abbauvorhaben hinweisen kann.

9. „Fracking“ – Gefahr fürs Grundwasser

Quelle: Monitor, Sendung vom 18.11.2010 via greenhouse-infopool
<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/11/18/wasser.php5>

Gefahr fürs Trinkwasser?

Wie internationale Konzerne in Deutschland Erdgas fördern

Bericht: Frauke Steffens, Ralph Hötte, Markus Schmidt

Sonia Seymour Mikich: "Die Jagd nach den letzten fossilen Rohstoffen kennt kaum Grenzen und geht oft über den Schutz von Mensch und Natur hinweg.

Beispiel Erdgas: Das kommt auch in kleinen abgeschotteten Zwischenräumen im Gestein vor. Um diese so genannten "unkonventionellen" Vorkommen auszubeuten, wird eine aufwändige Technik namens Fracking benutzt. Das lohnt sich sehr, in den USA zum Beispiel hat die Gasförderung durch Fracking stark zugenommen. Und auch bei uns soll gefrackt werden. An der Öffentlichkeit völlig vorbei finden bereits Testbohrungen statt. Die Methode birgt große Risiken: Fracking - Gift fürs Trinkwasser?"

Die Talsperre Haltern. Wasser, soweit das Auge reicht, sauberes Wasser. Wir sind mitten in einer Wasserschutzzone der höchsten Stufe. Hier darf man nicht schwimmen, selbst Bötchen fahren ist verboten. Was kaum einer weiß:

Die Talsperre Haltern liegt mitten in einem Gebiet, in dem tief unten im Boden ein Schatz vermutet wird - Gas, viel Gas. Dafür interessieren sich die Großen der Branche. Die Claims sind schon abgesteckt: in halb Nordrhein-Westfalen dürfen die Unternehmen nach Gas suchen, und auch in Niedersachsen. Das ist Manfred Scholle, der Vorstandsvorsitzende eines der größten Wasserversorger im Land, der Gelsenwasser AG. Im Wasserwerk Haltern bereitet Gelsenwasser Trinkwasser für Millionen Menschen in NRW auf. Der Vorstandsvorsitzende ist wütend. Denn aus der Presse musste er erfahren, dass hier im Einzugsbereich der Wasserschutzzone nach Gas gesucht wird. Er fürchtet um das Trinkwasser.

Manfred Scholle, Gelsenwasser AG: "Und wir sind überhaupt nicht beteiligt worden, auch nicht andere Wasserwerke, die ich gesprochen habe. Wir wissen von nichts, sondern wir haben das ausschließlich aus der Presse erfahren."

Gasboom in Deutschland?

Es geht um Flöz- und Schiefergas im Stein tief im Boden gebunden. 50 Billionen Kubikmeter vermuten Geologen in Europa, ein Gutteil davon unter Deutschland. Aber um da ranzukommen, braucht man in der Regel ein aufwändiges Bohrverfahren, das so genannte Fracking. Dabei werden große Mengen von Wasser mit hohem Druck in den Untergrund gepumpt, vermischt mit Sand. So entstehen Risse und das Gas wird freigesetzt. Das Problem: Oft werden gefährliche Chemikalien beigemischt um die Pumpwege freizuhalten. Ein Teil des Fracwassers bleibt im Boden, der größte Teil kommt wieder nach oben, die Abwässer werden wieder in den Boden gepumpt, ohne die Chemikalien vorher rauszuholen. Fracken sei sicher, verspricht die Firma Exxon, das Fracwasser könne nicht ins Grundwasser. Andere sind skeptischer.

Manfred Scholle, Gelsenwasser AG: "Durch die Art Sprengung des Gesteins entstehen ja auch Risse. Und über die Risse kann über die Jahre dieses giftige Wasser auch nach oben steigen und in dieses Grundwasser hineingehen."

Schauplatz Borringhauser Moor unweit von Damme. Hier hat das Bergamt Niedersachsen der Firma ExxonMobil 2008 eine Erlaubnis zum Fracken nach Schiefergas erteilt. Eine Versuchsbohrung - die erste der Firma ExxonMobil in Deutschland. Merkwürdig - die Bürgervertreter der Stadt Damme erfuhren erst jetzt, dass bei ihnen Chemikalien in den Boden gepumpt worden sind. Weder die Firma ExxonMobil noch das Bergamt hatten die Bürger darüber unterrichtet: dazu sei man rechtlich nicht verpflichtet. Unwissend hatte der Stadtrat der Bohrung zugestimmt.

Rudolf Bollmann, SPD, Stadtrat Damme: "Das ist vielleicht Nachlässigkeit oder Ignoranz oder, oder ... auf jeden Fall ist es fahrlässig, auf jeden Fall fahrlässig, die Informationen die man normalerweise haben müsste, als auch Betroffene hier, sie hätten sie weitergeben müssen."

Und das ist die Liste der Firma ExxonMobil mit den chemischen Zusatzstoffen, die den Stadtvertretern jahrelang vorenthalten wurde. MONITOR legt sie dem Umweltbundesamt vor.

Reaktion hier: Alle diese Stoffe sollten nicht ins Trinkwasser, und sind zum Teil toxisch. Ein Zukunftsszenario: Wenn man Fracking mit diesen Chemikalien industriell und großflächig betreiben würde, dann würden Millionen Liter Wasser gebraucht, pro Fracking bis zu 20 Millionen Liter. Rechnet man die Mengenangaben unserer Liste hoch, wäre das dann die Menge an Chemikalien, die bei jedem Frackvorgang in den Boden gepumpt würde. 19 Tonnen der Ammonium-Verbindung, 9,5 Tonnen der Petroleum-Verbindung und 680 Kilo des Biozids. Pro Fracking-Vorgang bei jeder einzelnen Bohrung. Wie kann es sein, dass in Deutschland ein Bergamt ohne Information der Wasserbehörden und Wasserwerke entscheidet, dass überhaupt hochproblematische Chemikalien in den Boden gepumpt werden dürfen?

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Oliver Krischer hat sich mit dieser Frage beschäftigt.

Oliver Krischer, Bündnis 90/Die Grünen, MdB: "Das Bergrecht sieht keinerlei Bürgerinformation, keinerlei Information der Öffentlichkeit vor, es gibt auch keine ... kaum Rechte von Betroffenen, an Unterlagen heranzukommen, und hier werden vor allen Dingen die Interessen der Unternehmen unterstützt ... geschützt, die Rohstoffe aufsuchen wollen."

Viele Unternehmen behandeln ihre genauen Bohrmethode wie ein Betriebsgeheimnis - und dürfen das auch. Bislang hat sich in Deutschland weder das Umweltbundesamt noch ein Umweltministerium mit den möglichen Gefahren von Fra-

cking intensiv beschäftigt. Wir machen uns auf den Weg und zeigen unsere Chemikalien-Liste der Leiterin der Wasserbehörde in Hagen, Frau Stiller-Ludwig. Für sie ist klar, hier wird Wasserrecht umgangen.

Besonders brisant: Auf unserer Stoffliste findet sie einen, der besonders gefährlich sei. Kothan - beim Menschen hormonverändernd, im Wasser tötet er Mikroorganismen.

Christa Stiller-Ludwig, Wasserbehörde Hagen, NRW: "Also meine Recherchen haben ergeben, dass es sich bei einer der zugefügten Komponenten um einen Stoff der Wassergefährdungsklasse 3 handelt. Das heißt, die höchste Wassergefährdungsklasse, die es geben kann."

Und auch bei der Gelsenwasser AG ist man entsetzt darüber, was da alles in den Boden verbracht werden könnte.

Manfred Scholle, Gelsenwasser AG: "Es sind Giftstoffe dort drin. Und sowie die künstlich reingebraucht werden, wo sie nicht reingehören, habe ich Probleme."

Wisconsin USA. Hier wird schon seit langem gefrackt. Überall im Lande, in 34 Bundesstaaten, eine riesige Industrie, ein Milliardengeschäft. Und das ist lange Liste der chemischen Zusatzstoffe, in den USA, die bei verschiedenen Bohrungen benutzt wurden. Viele davon sind krebserregend, hormonverändernd, wassergefährdend. Überall im Lande gibt es Berichte über kontaminierte Brunnen. Viele Bürger in den USA sind besorgt. US-Bürgerin (Übersetzung MONITOR): "Bevor die kamen, war das Wasser hier absolut sauber." Die Bohrunternehmen bestreiten, dass die verschmutzten Trinkwasserbrunnen irgendetwas mit dem Fracking zu tun haben. Jetzt hat eine Untersuchung der Umweltbehörde EPA begonnen. Der New Yorker Senat will bis auf Weiteres Fracking verbieten.

Maurice Hinchey, Kongressabgeordneter New York (Demokraten) (Übersetzung MONITOR): "Es ist doch einfach, wenn gebohrt wird, dann muss zweifelsfrei festgestellt sein, dass das Bohrverfahren sicher ist und nicht die Menschen gefährdet."

Zurück nach Deutschland, zurück nach Damme: Die Firma ExxonMobil teilt uns auf Anfrage mit: Es kann nach derzeitigen Erkenntnisstand ausgeschlossen werden, dass sich das Fracwasser im Boden mit dem Grundwasser vermischt. Und auch das Bergamt hält die Fracflüssigkeit für unbedenklich. Die Chemikalien seien ja im Wasser hochverdünnt.

Zitat: "Die Fracflüssigkeit insgesamt ist nach Chemikalienrecht nicht kennzeichnungspflichtig, das heißt auch nicht giftig, und nach Wasserrecht nicht wassergefährdend."

Nach Wasserrecht nicht wassergefährdend?

Christa Stiller-Ludwig, Wasserbehörde Hagen, NRW: "Ein solcher Stoff darf nach den Vorschriften die wir kennen, in der Wasserwirtschaft überhaupt nicht in einem Stoffgemisch vorhanden sein, wenn man davon sprechen will, dass es nicht wassergefährdend ist. Das heißt im Klartext für mich, dass man den auch nicht soweit runtermischen kann, bis er nicht mehr wassergefährdend ist, weil es ein Stoff der Wassergefährdungsklasse 3 ist."

Reporter: "Das heißt, nach Ihrer Expertise ist diese Aussage sachlich falsch."

Christa Stiller-Ludwig, Wasserbehörde Hagen, NRW: "So nicht haltbar, ja."
Viele Fragen, wenig Antworten. Wie kann es sein, dass Behörden schon Genehmigungen erteilen, bevor die Gefahren des Frackings wirklich untersucht wurden?

Sonia Seymour Mikich: "Tja, Fracking, müssen wir uns merken, das Wort."

10. Aktuelles aus Brüssel/ Mitteilung zur Rohstoffsicherung

Quelle: <http://www.nul-online.de/Aktuell/Aktuell/,QUIEPTIxMjA3NTAmTUIEPTEExMTQ.html>

Naturschutz und Landschaftsplanung - 01.03.2011

Brüssel. In Natura-2000-Gebieten gelten weiter uneingeschränkt die Vorschriften der FFH-Richtlinie. Das ist eine wichtige Botschaft einer Mitteilung zur Rohstoffsicherung, die die Europäische Kommission vorgelegt hat.

Dabei hatten bereits im November der „Bonner Generalanzeiger“ und andere Regionalzeitungen provokativ gefragt, ob zukünftig die „Rohstoff-Suche im Naturpark“ erlaubt werde. Die „taz“ setzte „noch einen drauf“ und meldete am 02. Februar 2010, ihr läge der Entwurf eines Kommissionspapiers vor, nach dem künftig „Minen in Naturschutzgebieten möglich“ sein sollten. Hinter diesen schlagzeilenträchtigen Meldungen steckt die seit Monaten diskutierte Mitteilung der Kommission zur künftigen Rohstoffstrategie der Europäischen Union, die am 02. Februar veröffentlicht wurde (COM(2011) 25 final).

Zielrichtung dieses Papiers sind neben der Steigerung der Effizienz des Einsatzes von Rohstoffen und der Erhöhung von Recyclingquoten vor allem die Verbesserung der „Rohstoffdiplomatie“ der EU, die für viele der für moderne Geräte benötigten seltenen Metalle und Erden auf Lieferungen aus Drittstaaten wie China, Bolivien, Südafrika angewiesen ist. Die Verzögerung der Veröffentlichung hatte daher auch gar nichts mit Dis-

kussionen über Rohstoffabbau in Schutzgebieten zu tun, sondern war der Forderung Frankreichs nach Aufnahme von Aussagen zu Spekulationsgeschäften mit Agrarrohstoffen geschuldet.

Der vermeintliche Konflikt um den Abbau von Rohstoffen in Schutzgebieten, wobei es innerhalb der EU vor allem um Massenrohstoffe wie Sand und Kies geht, war schon im Zuge der „Raw Materials Initiative“ (RMI) der Kommission im Jahr 2008 (COM(2008) 699) geklärt worden. Ausgehend von der RMI hatten die Generaldirektionen (GD) Industrie und Umwelt der EU-Kommission eine Expertengruppe aus Vertretern der Kommission, der Mitgliedstaaten, der Abbaubranche und der Umweltverbände berufen, die bis zum Sommer 2010 einen Leitfaden zum Umgang mit Abbauebenen in Natura-2000-Gebieten erarbeitete und einvernehmlich beschloss. Zwar hatte die Industrie ursprünglich Lockerungen vom FFH-Regime gefordert, konnte sich damit aber mit Blick auf die geltende Rechtslage und Rechtsprechung nicht durchsetzen.

Weiterhin muss jedes Abbauvorhaben einer Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 FFH-Richtlinie unterzogen werden. Dieser Leitfaden für „Non-energetic extractive industries“ (NEEI) wurde im Herbst 2010 veröffentlicht und ist, wie andere Leitfäden („guidance documents“) etwa zur Hafentwicklung oder zur Anlage von Windkraftanlagen in Natura-2000-Gebieten, auf der Homepage der Kommission zum Management von Natura-2000-Gebieten abrufbar:

http://ec.europa.eu/envir/online/nature/natura2000/management/guidance_en.htm

Die neue Mitteilung der Kommission (siehe dort Seite 13) nimmt ausdrücklich Bezug auf diesen Leitfaden. Es kann also keine Rede davon sein, dass jetzt der Naturschutz dem Rohstoffabbau stärker als bisher „geopfert“ werden soll. Nicht zuletzt hat auch die Kommission in ihrer Pressemitteilung zur Vorstellung des Leitfadens am 04. Oktober 2010 (IP/10/1283) betont, dass dieser Leitfaden der ordnungsgemäßen Anwendung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie diene, da insbesondere das europäische Schutzgebietenetz Natura 2000 ein entscheidendes Instrument zur Erreichung des EU-Ziele sei, den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen!

Zum Weiterlesen u.a.:

<http://www.euractiv.de/ressourcen-umwelt-00/artikel/eu-rohstoffstrategie-wir-wollen-das-potenzial-finden-004304>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1283&language=DE&guiLanguage=de>

Claus Mayr, NABU, Direktor Europapolitik,
Claus.Mayr@NABU.de

11. GRÜNE und NGOs: EU soll auf Rohstoffeffizienz und Recycling setzen

Quelle: <http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/abfall/781>

EU-Koordination - 24.03.2011

Abgeordnete und NGOs wollen bei EU-Rohstoffstrategie mitreden

Der Industrieausschuss des EU-Parlaments berät am 31. März über einen Resolutionsentwurf des deutschen Grünen-Abgeordneten Reinhard Bütikofer zu einer EU-Rohstoffstrategie. Das Papier folgt der Rohstoff-Initiative der EU-Kommission.

In dem vor einigen Tagen eingereichten Entwurf heißt es laut einer Meldung des Umweltinformationsdienstes ENDS, Ressourceneffizienz und Abfallrecycling seien die beiden einzigen Maßnahmen, die angemessen auf die "dreifache Herausforderung" von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit reagieren könnten.

Am 10. März hatte der EU-Ministerrat Schlussfolgerungen zur Bewältigung der Probleme mit Rohstoffen und auf den Rohstoffmärkten veröffentlicht. Bereits im Februar fanden sich EU-ParlamentarierInnen zu einer "Rohstoff-Gruppe" zusammen.

Der Entwurf zu dem von Bütikofer verfassten Initiativbericht des Parlaments wurde in der vergangenen Woche veröffentlicht. Bis zum 12. April sind Änderungsanträge möglich. Am 1. September will das Parlament seinen Bericht über die neue Kommissions-Mitteilung zu Rohstoffen verabschieden.

Seit Anfang März existiert auch eine Arbeitsgruppe europäischer Nichtregierungsorganisationen zur Rohstofffrage. Die NGOs wollen weitere zivilgesellschaftliche Organisationen gewinnen, um die institutionellen Prozesse rund um die EU-Rohstoffinitiative mitzugestalten.

Beschlussvorlage von Reinhard Bütikofer
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/itre/pr/856/856578/856578en.pdf

Zur Rohstoff-Initiative der EU-Kommission
<http://www.weenfo-um.org/index.php?section=general&page=news&id=221>